

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht ausgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Mittelstr. in Bochum, Wiewelhauser Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: VBerBund Bochum.

Lebensmittelwucher und kein Ende.

Der „Frankfurter Zeitung“ vom 22. Juli wird von beachtenswerter Seite geschrieben:

„Unsere vorjährige Ernte in den wichtigsten Getreide- und Knollenfrüchten hat dank unserer Organisation viel weiter geredet, als jemals gedacht worden ist. Wir kommen mit stattdessen Vorräten in das neue Erntejahr hinein, und diese neue Ernte, die zum Teil ja schon in den Schuppen ist, zum Teil sich übersehen läßt, ist so gut geraten, daß man ohne Ueberhebung sagen kann: die Idee, uns während des Krieges auszuhungern, ist eine durch die Tatsache erwiesene Lächerlichkeit.“

Es fehlt uns also nicht an Lebensmitteln, trotzdem sind die Preise, besonders für die ärmeren Volksschichten, fast unerschwinglich geworden, weil das Bestreben allgemein ist, die durch den Krieg geschaffene Lage für persönlichen Gewinn auszunutzen. Nicht treffend sagte darüber der freisinnige Abgeordnete Dr. Heinz Potthoff in einem Vortrag im Düsseldorfer Konsumantenrat:

„Der Wunsch, den Krieg als Grundlage für persönlichen Gewinn auszunutzen, ist allgemein verbreitet. Da ist kein Unterschied zwischen Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel, zwischen groß und klein, zwischen Stadt und Land. Wer etwas zu verkaufen hat, der nimmt die höchsten Preise, die er bekommen kann; ganz gleich, ob das deutsche Heer oder das rote Kreuz oder der hungernde Mitbürger Käufer ist. Und wer auf ein weiteres Steigen der Preise „hoffen“ kann, der hält seine Vorräte zurück, gibt auf Regierungsverträgen falsche Auskünfte, tut alles, was er kann, um die Volkswirtschaft zu verheeren und dadurch seinen Gewinn zu erhöhen. Alle Moral ist in diesen Zeiten des Weltkampfes auf das höchste gesunken, nur die Geschäftsmoral ist tief gesunken. Der Wunsch ist allgemeine Verkehrsstütze geworden. Er wird auch als solcher von Behörden anerkannt. Keine Handelskammer, keine Landwirtschaftskammer, kein Fachverband hat sich noch gegen die Ausnutzung der Kriegsnot zur Wehrung gewandt.“

Das Organ der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine, die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (vom 24. Juli), drückt diese Ausführungen zustimmend ab und bemerkt dazu:

„Bei der völligen Preislosigkeit, die man trotz der üblichen Erfahrungen des ersten Krieges in fast allen Lebensmitteln beobachtet, sah der Beginn der neuen Ernten in Obst, Gemüse, Kartoffeln, Getreide wieder die unglückseligste Ausnutzung des laufenden Publikums. Dabei ist die Forderung nachher zum Standal geworden und das Gerede der Kartoffelbesorgung ist noch lange nicht am Ende. Nicht nur, daß die Preise wieder allseitig höher gehen, zur Abwechslung ist gegenwärtig wieder fast überall auf den Konsummärkten Kartoffelmangel, nachdem man uns noch eben vor kaum ein paar Wochen belästigt hat, wie es auf den Kartoffeln.“

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ (Nr. 15) schreibt in einem Artikel: „Leuerung und kein Ende“ u. a.:

„Wir haben keinen Mangel an Lebensmitteln, trotzdem sind die Preise kaum noch erschwinglich. Eine ganze Anzahl wichtiger Lebensmittel ist um das Doppelte und Dreifache verteuert. Auch die Preise für Gemüse sind überaus hoch, trotzdem die Zufuhr vom Ausland auch in normaler Zeit nur eine geringe war. Mit dem trockenen Sommer sind die hohen Gemüsepreise nicht allein erklärt. Und diese Entwertung scheint, wenn nicht dagegen eingegriffen wird, noch nicht an einem Abbruch angelangt zu sein. So droht u. a. eine weitere Vertierung der Milch.“

Geht man der Ursache der Vertierung nach, so will niemand dafür verantwortlich sein. Einer schiebt die Schuld auf den andern, aber das Publikum muß zahlen, zahlen. Mit verbächtigen Eifer werden die verteuerten Produktionskosten ins Feld geführt, ferner der Minderabsatz, der einen höheren Preis rechtfertige usw. Und immer finden wir dann die Entschuldigung: jawohl, der Mann muß seinen Verdienst haben. Hierunter versteht man den Gewinn der regulären Zeit, aber auch noch einen besonderen Kriegsgewinn. Es kommt dabei gar nicht zum Bewußtsein, daß Millionen Deutsche ein vermindertes Einkommen haben und daß es darum nicht mehr wie recht und billig ist, wenn auch der Lebensmittelproduzent und Händler sich mit einem niedrigeren Verdienst begnügt. Nun aber erit nach die Anschauung, auf Grund des Krieges habe der Mann ein Recht auf einen noch höheren Gewinn wie in regulärer Zeit! Mit stillen Gründen ist ein solches Verlangen nicht zu rechtfertigen. Gar mancher zählt die Gewinne und breitet den Krieg, der ihm die hohen Gewinne in den Schoß wirft. Der weiß davon Millionen Frauen und Kinder, denen es an den Mitteln fehlt, das Notwendigste einzukaufen.

Es geht einfach nicht mehr so weiter wie bisher. Das müssen sich die Regierenden gesagt sein lassen. Die Lagen des Krieges sind entsprechend der sozialen Lage gleichmäßig zu verteilen, nicht aber, daß dem ohnehin Schwachen auch noch die stärkere Last auferlegt wird. Die Regierenden tragen die Verantwortung und sie sollen sich daher ihrer Pflicht in vollem Umfange bewußt werden.“

Das Dortmunder Zentrumsorgan, die „Tremonia“ (Nr. 197), schreibt:

„Als objektive Chroniken können wir hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es bedauerlicherweise die unferne Markt besuchenden Landwirte der Umgebung sind, die in der Höhe der Preisforderung für ihre Erzeugnisse an erster Stelle marschieren. Die oben von uns genannten Preise wurden heute am festesten Verkaufsständen der sogenannten „Bauern“ erheblich, stellenweise bis zu 50 Prozent übertrieben. Das hat dazu geführt, daß viele Hausfrauen es prinzipiell meiden, an diesen Ständen ihren Bedarf zu decken, und daß natürlich das oft unbedeutende Wort von der Preislosigkeit der Bauern neue Nahrung erhält.“

Die rechtsnational-liberale „Dortmunder Zeitung“ (Nr. 363) schreibt:

„Wo aber die Behörde mit eisernem Besen dazwischen fahren sollte, das sind die Zustände, die auf dem Gemüse- und Obstmarkt herrschen. Obwohl an Gartenprodukten kein Mangel besteht, gehen die Preise in keiner Weise herunter; Kohlrabi und Wirsing sind heute, zu einer Zeit, wo sie sonst für Pfennige auf den Markt geworfen werden, kaum für das Doppelte zu haben und schwer fühlbar sind ja, wie wohl alle zu ihrem Leibwesen erfahren haben werden, die Verhältnisse auf dem Obstmarkt. Unerhört wäre es, wenn wirklich die rheinischen Obstbauern ihre Ernte aus reiner Profitgier über Holland nach England verschickten. Was Deutschland produziert, muß im Lande bleiben, denn England will uns aushungern. Dagegen zu verstoßen, ist Verrat am eigenen Vaterlande.“

Das freisinnige „Dortmunder Tageblatt“ (Nr. 167) schreibt:

„An den Pranger! Wir haben in diesem Jahre auf allen Gebieten eine so gute Ernte, wie wir sie sehr häufig nicht zu verzeichnen haben. Das Gemüse ist gut und reichlich geraten. Obst gibt es in Güte und Fülle, Kartoffeln stief. Die Getreideernte verspricht auch eine über-

das Mittel hinausgehende zu werden. Und trotzdem unverkämmt hohe Preise für Erzeugnisse des Bodens. Woher kommt das? Ja, woher kommt das? Von der Gewinnsucht der Kreise, die die schweren Zeiten, in denen sich das deutsche Volk befindet, als geeignet betrachten, aus der Haut ihrer notleidenden Volksgenossen sich die Nieten zu schnelzen. Man braucht nur auf unserm Wochenmarkt sich die Preise für Obst, Kartoffeln und Gemüse ansehen zu lassen, so wird man erkennen, daß die diesjährigen Preise auf das Doppelte der vorjährigen gestiegen sind. Ohne irgendwelche Berechtigung. Wenn es eine straffe Organisation der Käufer gäbe, würde dem Nahrungswucher bald ein Ende gemacht werden können.“

Das „Bayerische Vaterland“ (Nr. 154) schreibt: „Das nunmehr genügend oft gehörte „Gott strafe England!“ sollte außer Kurs gesetzt und statt dessen denen, die es angeht, schüt und immer lauter ins martierte Ohr gerufen werden: „Gott strafe unsere Lebensmittelwucherer!“

Die Empörung über den Lebensmittelwucher ist also allgemein. Im sächsischen Landtag brandmarkte der Minister Böhme von Eckardt den Lebensmittelwucher als Verrat am Vaterland. In ähnlicher Weise wurde der Lebensmittelwucher auch in anderen Parlamenten gebrandmarkt! Leider wird damit nichts erreicht.

Wir haben von Kriegsbeginn an den Lebensmittelwucher bekämpft und bedauert, daß alle Maßnahmen der Regierungen und Behörden viel zu spät kamen und sich obendrein als unzulänglich erwiesen, weil sie das Uebel nicht an der Wurzel faßten. Die Wurzel des Übels, das haben wir von Anfang an gefaßt, ist das Fehlen einer umfassenden Organisation auf dem Gebiete der Warenherstellung und Warenverteilung. Hier hätte regelnd eingegriffen werden müssen. Jetzt beginnt man das allmählich, leider viel zu spät, auch in anderen Kreisen einzusehen. So schreibt die „Sächsische Volkszeitung“ vom 22. Juli:

„Daß eine Lebensmittelsteuer vorhanden ist, wird von keiner Seite bestritten. Strittig ist nur die Frage, wer sie verschuldet hat. Ueber diese Frage wird Einigung zwischen Warenerzeugern und Verbrauchern kaum herbeigeführt werden. Der Produzent weiß den Vorwurf, Wucher mit den Lebensmitteln zu treiben, zurück, vielleicht mit Recht. Ehe die Ware vom Erzeuger an den Verbraucher kommt, macht sie einen so weiten Weg, daß kaum festzustellen ist, an welchem Punkte sie übermäßig verteuert worden ist. Der Erzeuger erklärt, daß er bei den veränderten Verhältnissen, bei den hohen Erzeugungslosten nicht mehr zu Preisen liefern kann, wie sie in Friedenszeiten üblich waren. Er müsse, um existenzfähig zu bleiben, einen Aufschlag verlangen. Der Großhändler, der ihm die Ware abnimmt, macht ebenfalls Gründe für einen Preisaufschlag geltend, und das gleiche geschieht vielleicht auch vom Kleinhändler. Jeder der einzelnen Stellen schiebt vielleicht das Recht zu, den Vorwurf zurückzuweisen, als treibe er Wucher mit den notwendigen Lebensmitteln. Kommt aber die Ware in die Hände des Verbrauchers, so ist der Preis durch die bei den einzelnen Stellen erfolgten Aufschläge derartig gesteigert, daß der Verbraucher nicht ohne Unrecht von Wucherepreisen sprechen darf. Eine Besserung könnte nur erfolgen, wenn der Weg, den die Ware vom Erzeuger bis zum Verbraucher zu nehmen hat, abgekürzt würde. Im allgemeinen leugnen wir nicht die Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Besteuerung des Zwischenhandels. Aber in Kriegszeiten müssen sozialpolitische Erwägungen oft vor der Notwendigkeit schweigen, der Gesamtheit des Volkes durch erschwingliche Lebensmittelpreise das Durchhalten möglichst zu machen.“

Sogar im „Berliner Lokal-Anzeiger“ wird nach der „Sächs. Ztg.“ vom 21. Juli darauf hingewiesen, daß der Großhändler die Ware zurückhalte, wenn der Markt gut beschickt sei, um ein Sinken der Preise zu verhindern, und dann heißt es:

„Es ist Tatsache, daß große Gemüsezüchter in der Nähe von Berlin vor mehreren Wochen Tausende von Zentnern verkaufsfähigen Spinats (der zurzeit gerade besonders hoch) untergepflügt haben, weil sie auf dem Berliner Markt eine ihnen annehmbar erscheinende Absatzgelegenheit nicht fanden. Die Großhändler, denen die Ware angeboten war, hatten aus den angegebenen Gründen den Kauf abgelehnt. Genau daselbe hat sich vor gleichen Zeit mit Weikohl abgespielt. Derartige Vorkommnisse beweisen die Unzulänglichkeit der bestehenden Einrichtungen unüberwindlich. Nach unserer Auffassung, die, wie wir wissen, von weiten Kreisen geteilt wird, ist es eine unabweisbare Pflicht der zuständigen Behörden, sofort Vorkehrungen dafür zu treffen, daß die jederzeitige Aufnahme der auf dem Markt nicht unterzubringenden Bestände wertvoller Nahrungsmittel gesichert, deren Vernichtung ein für allemal ausgeschlossen wird.“

Es muß wirklich weit gekommen sein, wenn selbst der halb-offizielle „Lokal-Anzeiger“ die Unzulänglichkeit der bestehenden Einrichtungen unüberwindlich für erwiesen und die „Sächsische Volkszeitung“ eine Besserung nur für möglich hält, wenn der Weg der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher abgekürzt, das heißt der Zwischenhandel ausgeschaltet wird.

Wie untrüglich die Verhältnisse geworden sind, zeigt die auch von uns in Nr. 30 der „Bergarbeiter-Zeitung“ wieder-gegebene Meldung, daß fremde Händler die Obstgebiete im heijischen und preußischen Rheingau und an der Bergstraße bereisten, alles erreichbare Obst aufkauften, mit Schiff und Bahn nach Holland und von da jedenfalls ins feindliche Ausland, vor allen Dingen nach England, ausführten. Diese Meldung, so ungläublich sie klingt, wird bestätigt durch den General der Infanterie und Gouverneur von Köln, Herr von Held, der in einer Bekanntmachung auf das Obstausfuhrverbot aufmerksam macht und dann weiter schreibt („Sächs. Volksztg.“ vom 20. Juli):

„Es ist festgestellt, daß große Mengen von Obst trotz dieser Ver-ordnung aus dem Rheinlande, insbesondere auch aus dem Festungs-gebiete, aufgekauft und unter falscher Deklaration über die holländische Grenze gebracht worden sind. Es besteht die Vermutung, daß das Obst nach England weitergeleitet wird.“

Anknüpfend an die Meldungen, daß deutsches Obst in großen Mengen nach dem Ausland ausgeführt wurde, schreibt die „Nord-deutsche Allgemeine Zeitung“:

„Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß bereits am 5. September 1914 ein Ausfuhrverbot für Obst und Beeren, sowohl für frische als konservierte Ware, aller Art erlassen wurde. Ausnahmen von diesem Verbot auf Einzelanträge hin sind für die dies-jährige Ernte nicht bewilligt worden. Allgemeine Ausnahmen bestanden für Birnen vom 11. November bis Ende November 1914 und für frische Erdbeeren, Stachelbeeren und süße Kirschen vom 4. Mai-

bis 30. Juni 1915. Die letztgenannte Ausnahme wurde nach dem Einvernehmen mit den Bundesregierungen angeordnet, weil die dies-jährige überaus große Ernte in den drei Obstsorten vom Inlandmarkt nicht vollkommen aufgenommen werden konnte. Daneben besteht nur noch eine Ausnahme für den sogenannten kleinen Grenzverkehr be-züglich aller frischen Beerenobstes aber nur, soweit es sich um Mengen im kleinen Grenzverkehr des üblichen Umfanges handelt.“

Da wähnt man sich doch von einem bösen Traum genarrt. Man bedenke: Während Millionen Volksgenossen sich wegen der unerschwinglichen Preise den Genuß von Birnen, frischen Erd-beeren, Stachelbeeren und süßen Kirschen versagen mußten, war das Ausfuhrverbot für diese Obstsorten zur Zeit der Ernte auf-gehoben, weil die überaus große Ernte angeblich vom Inlands-markt nicht vollkommen aufgenommen werden konnte. Und diesen Ueberfluß konnten dieselben Regierungen schon vor der Obsterte feststellen, welche die Kartoffelernte des Jahres 1914 erst abzuschätzen in der Lage waren, nachdem sie verbraucht war. Da hört einfach alles auf!

Besonders von den ärmeren Volksschichten war allgemein eine Ermäßigung der Getreidehöchstpreise erwartet worden. Nun wird aber bekannt, daß der Bundesrat am 23. Juli den Höchstpreis für Roggen auf 220 Mk., für Weizen auf 260 Mk. pro Tonne festsetzt, d. h. die außerordentlich hohen Sätze des Vor-jahres beibehalten hat. Dieser Höchstpreis ist bei Roggen 55 Mark, bei Weizen 65 Mark pro Tonne höher, wie der Durch-schnittspreis im Jahre 1913.

Nach solchen und ähnlichen Erfahrungen kann man der an-gekündigten Bundesratsverordnung gegen den Lebensmittel-wucher nicht allzu hoffnungsfreudig entgegensehen. Wie wird diese Bundesratsverordnung nach alledem ausfallen? Wird sie wieder nur Höchstpreise bringen, die umgangen werden können, oder Strafandrohungen gegen die Wucherer, die nur in seltenen Fällen oder gar nicht zu fassen sind? Damit würde nichts ge-bessert. Der Wucher ist allgemeine Verkehrsstütze geworden, weil unter den obwaltenden Verhältnissen ein Teil den andern treibt und die Schuldigen daher fast nie zu fassen sind. Wenn der Lebensmittelwucher ein Ende nehmen soll, muß ganze Arbeit gemacht werden, weil Halbheiten das Uebel nur verschlimmern. Dazu werden sich aber unsere Regierenden nach den bisherigen Erfahrungen kaum aufraffen. Oder sollten wir uns täuschen?

Arbeiterbehandlung i. Oberschlesien

Wir haben schon oft, zuletzt in Nr. 23 der „Bergarbeiter-Zeitung“, berichtet, daß die Klagen über schlechte Behandlung der Arbeiter hauptsächlich aus Ober-schlesien kommen. Hohe Schimpfsumme und sogar tätliche Mißhandlungen wurden be-klagt. Selbst die auf Grund der Eingabe der Bergarbeiterver-bände vom 22. Februar vorgenommene, sehr unvollständige berg-amtliche Umfrage hat die Veredigung der Arbeiterklagen er-geben, wie den Organisationsleitern am 27. Mai im Handels-ministerium mitgeteilt wurde. Der Herr Minister Dr. Sydow hat darauf Veranlassung genommen, in einem Erlaß an das Oberbergamt sich gegen die unwürdige Behandlung der Arbeiter auszusprechen und es angewiesen, die zuständigen Kontroll-beamten dahingehend zu unterrichten. Dieses anerkennenswerte Vorgehen des Ministers hat leider nicht den erwarteten Erfolg gehabt, wie folgende Darlegungen zeigen:

Durch die Einberufungen zum Kriegsdienst sind die Reihen der aktiven Bergarbeiter auch in Oberschlesien stark gelichtet worden. Da aber die Kohle ein im Krieges nicht zu entbehrendes Produkt ist, versuchten die Werke, Arbeiter aus dem besetzten russisch-Polen zu bekommen. Es wurden gute Lohn- und Ar-beitsbedingungen und gute Behandlung in Aussicht gestellt und bestimmt zugesichert, daß jeder, dem es nicht gefalle, kündigen, aufhören und anderweitig in Arbeit treten könne. Die Arbeiter glaubten den Versicherungen der Werksbeamten besonders des-halb, weil sie die Wahrnehmung gemacht hatten, daß die deutschen „Barbaren“ ganz anständigen Menschen sind und die Zivilbevöl-kerung im besetzten russisch-Polen besser behandelten, als es vordem das russische Heer getan hatte. Sie berichten, daß, als im vergangenen Herbst die Stadt Lodz noch von den Russen besetzt war, die Zivilbevölkerung drei Wochen kein Brot bekom-men hat, weil alles beschlagnahmt war, und als dann die Stadt von dem deutschen Heer genommen wurde, seien gleich Brot und andere Nahrungsmittel ausgeteilt worden. Das rechnete man Deutschland hoch an. Als dann ober-schlesische Werksbeamte nach Lodz kamen und recht freundlich waren, gingen die hungernden Arbeiter gerne mit nach Deutschland. Einige Hundert kamen nach den Fürstlich Pleßschen Bergwerken in Lajisk, der Grabe- und Prinzengrube. Die Arbeiter sind russische Staatsangehörige, aber deutscher Abstammung. Ihre Vorfahren sind als Weber nach dem polnischen Manchester gegangen und haben durch Fleiß und Tüchtigkeit die dortige Textilindustrie zu einem Welt-ruf gebracht. Unter den von dort gebrachten Arbeitern sind alle Berufe vertreten, nur keine Bergleute. Sie hatten in ihrem Leben noch kein Bergwerk gesehen, waren also bergfremd. Statt nun bei der Angewöhnung an den neuen Beruf den Arbeitern mit guten Worten behilflich zu sein, wurden sie hart angefahren, viele gröblich beleidigt und geschlagen. Wir übertreiben nicht. Zahlreich sind die Fälle von Prügeleien, die unserer ober-schlesischen Bezirksleitung zur Kenntnis gebracht und von dieser der zuständigen Bergbehörde unterbreitet wurden. Bei den Untersuchungen durch die Bergbehörde hat sich immer die Richtig-keit der gemachten Angaben ergeben. Diejenigen, die geprügelt haben, sind praktisch und theoretisch gebildete Grubenbeamte. Das ist nicht erhehend für diesen Stand.

Ist es verwunderlich, wenn dann die Arbeitsfreudigkeit ver-jährt und die Leistung sinkt? Nicht im geringsten! Wir haben die Ueberzeugung von den Arbeitern gewonnen, daß, wenn sie anständig behandelt werden, mit ihnen große Leistungen erzielt werden können. Auch bezüglich des Lohnes sind die ge-machten Versprechungen nicht gehalten worden. Auch diese Tat-sache hat ein Gefühl der Bitternis hinterlassen.

Wir erkennen gerne an, daß die Bergbehörde bemüht ist, die Beschwerden der Arbeiter zu beseitigen. Das Schlimme hat auch aufgehört. Steiger Kr u b a l i verifiziert folgendes: „In die Presse bekommt ihr jetzt nichts mehr, aber Strafen jetzt es

as." Das sind natürlich auch nicht so rosigte Aussichten. Die schwersten Beschimpfungen werden aber den Arbeitern noch immer entgegen geschleudert.

Das schlimmste ist aber das Einsperren der Arbeiter in eine Gefängniszelle, die einem Stall ähnlich sieht, ohne Licht und Luft, bei Wasser und Brot, wider Gesetz und Recht, und ohne jedes Verhör! Es dürfte allen vernünftigen Menschen einleuchten, daß sich die Arbeiter bei dieser Behandlung nicht wohl fühlen und versuchen, von den beiden Grübern fortzukommen und anderweitig in Arbeit zu treten. Besonders wird auch sehr bitter über das auf der Brabegrube verabsorgte Essen geklagt. Es soll minderwertig und vielfach sehr unappetitlich sein. Wer kann sich denn da wohl fühlen? Die Arbeiter versuchen also fortzukommen. Das geht aber wirklich nicht so leicht. Am 15. Mai kündigt auf der Brabegrube acht jüdische Arbeiter. Nach abgelaufener Kündigungsfrist forderten sie am 31. Mai die Entlassung. Sie wurde verweigert, obwohl bei der Anwerbung den Arbeitern bestimmt versichert wurde, sie könnten zu jeder Zeit kündigen und anderweitig in Arbeit treten, wenn es ihnen nicht gefallen sollte. Als die jüdischen Arbeiter nun auf ihrer Entlassung bestanden und auf das gegebene Versprechen hinwies, wurde der Dorfshutmann gerufen und dieser führte auf Veranlassung des Grubenbeamten zwei Arbeiter ab und steckte sie in das Dorfgespängnis. Den anderen sechs wurde gedroht: "Wenn ihr nicht sofort die Erklärung abgibt, daß ihr weiter arbeiten wollt, geht es euch auch so." Die Leute, dadurch eingeschüchtern, erklärten nun, weiter zu arbeiten. Die zwei Arbeiter haben fünf Tage bei Wasser und Brot und ohne Verhör gefessen. Dann hat man sie freigelassen, als sie erklärten, wieder auf der Brabegrube zu arbeiten. Inzwischen hatten sich die Leute mit dem Herrn Rabbiner Dr. K o p f s t e i n - Weuthen in Verbindung gesetzt und dessen Bemühungen war es dann gelungen, sie am 15. Juni von der Brabegrube frei zu bekommen und sie in Weuthen unterzubringen. Bei der Abreise von Rozisk hatten sich die sechs Arbeiter, die trotz abgelaufener Kündigungsfrist weiter gearbeitet hatten, nicht abgemeldet. Sie wurden darauf am 19. Juni wieder nach Rozisk, um sich abzumelden. Da waren sie aber richtig angekommen, denn sie wurden eingesperrt und nicht eher wieder losgelassen, bis sie erklärten, wieder auf der Brabegrube zu arbeiten. Sie haben zehn Tage gefessen, ohne Verhör und bei kümmerlicher Nahrung. Amtsvorsteher dieser Gemeinde ist Herr Bergverwalter K o l a u s von der Brabegrube!

Der Arbeiter W o l f K o t h von der Brinzengrube hatte sich am Sonnabend, den 5. Juni, erkältet und sich eine Finger-Verletzung zugezogen. Er hat nachweislich am Sonntag, den 6. Juni, das Bett nicht verlassen. Am Montag, den 7. Juni, fühlte er sich noch unwohl und beauftragte darum einen Arbeitsskameraden, ihn zu entschuldigen. Der Auftrag wurde ausgeführt, aber Steiger Krubski nahm die Meldung nicht an. Mittags hat der Arbeiter um eine Speisemarke. Sie wurde vom Steiger B a u m g a r t mit der Bemerkung verweigert, wer nicht arbeite, bekomme auch nichts zu essen. Ohne Speisemarke wird in dem Gruben-Schlafhaus kein Mittagessen verabreicht. Der franke Arbeiter wurde dadurch also zu einer Hungerkur verurteilt. Am 7. Juni nach Beendigung der Frühlingsarbeit verständigte sich Koth mit zwei anderen Arbeitsskameraden dahin, daß sie am Dienstag, den 8. Juni, nicht einfahren, sondern nach Rozisk zur Arbeitsbehörde gehen wollten, um sich über die Behandlung zu beschweren. Obersteiger G o e d i c k e hat aber einige Tagelöhner vor das Schlafhaus gestellt mit der Anweisung, niemand herauszulassen. Es ist dann der Dorfshutmann gekommen, hat auf Anordnung des Obersteigers G o e d i c k e die Arbeiter K e h r, K o t h und K u b a s i e w i c z gefesselt und sie in den 20 Minuten von der Grube entfernt liegenden Gefängnisraum gesperrt. Dort haben die drei Leute ohne Verhör bis zum 12. Juni bei Wasser und Brot gefessen. An diesem Tage wurden sie wieder vom Schutzmann zur Grube begleitet und haben dort auch wieder weiter gearbeitet. Wer gibt den Grubenbeamten das Recht, ohne weiteres Arbeiter einsperren zu lassen?

Am 15. Juni kündigten sechs Arbeiter, die auf der Brabegrube beschäftigt waren, weil sie sehr wenig verdienten. Sie waren über Tage beschäftigt, der Lohn betrug im Höchstfalle 3,50 Mk. Sie hatten sich im hiesigen Industrierevier um andere Beschäftigung bemüht und auch erhalten. Am 30. Juni wurde aber trotz abgelaufener Kündigungsfrist die Aushändigung der Papiere verweigert. Desgleichen am 1. Juli. Am 2. und 3. Juli wurden die sechs Arbeiter eingesperrt und saßen noch am 15. Juli. Sie schickten unserer Bezirksleitung einen Brief,

Der Lebensmittelpefulant.

Er kennt nur eines: den Profit.
Er macht bei allem seinen Schmitt.
Er preist den Krieg mit Herz und Mund,
Der Lumpenhund.

Den Markt beherrscht sein Latendurst.
Das Volkswohl ist ihm gänzlich wurst.
Dafür schwillt Wauch und Penisel rund
Dem Lumpenhund.

Die Ware steigt auf sein Gebetslaß,
Die Virtualien und das Fleißlaß;
Sie nähren erßt die Lebensjung
Des Lumpenhunds.

Ja, Michel, warum sagst du mir?
Nimm ihn doch endlich in die Arz
Und hau' ihn bis zum Seelensgrund,
Den Lumpenhund!

Der große Petroleumbrand in Galizien.

Über die Vernichtung der galizischen Petroleumlager durch die Russen nach ihrem Abzug schreibt Karl Franz Kozak in der "Schlissel-Zeitung" u. a.:

Am Morgen fuhr ganz Berzslaw erschrocken aus dem Schlafe. Die Häuser bebten von einemurchtilbaren Schläge. Der von einer Kanonade herrührende Schall. Noch fanden die Geschöpfe die Stunden weit, ihr Schall kam nur schwach und dumpf herüber. Und unmittelbar nach dem Donnererschlag stieg vor der Stadt eine Riesenschleife jenseit in den Himmel.

Jedem ein Unglück mußte geschehen, eins der Katastrophen bröhen in Rodrig, das ja auch das Erbe in der Schöneren Seite, die Berzslaw, wie Goubitz, wie fast alle Orte in der Runde, durch die einer Explosion in die Luft gerieten werden sein. So schickte ich mich die Sache nicht an, wie das Unglück vor sechs Jahren, als die Gölde-Meerke brannten, aber immerhin mochten 100 Zimmer das werden sein, da es an Löschem fehlte und die Russen das Wasser besten würden, ihren Abzug durch die Belagerung zu verzögern. Wenn die Moske rechtzeitig abgeperrt werden konnten, diese waren, sieben Eisen-schiangen, die die Reservoire untereinander verbanden, mußte auch niemand für die arabischen Werte in Rodrig stehen. Man hätte nichts mehr von der Rodriger Nahrung, der Russen konnte durchbrechen, die weißen Häuser des Ortes waren vor Rauch und Feig unerschütter.

So war die Erregung in Berzslaw nicht leibhaftig groß. Die marschierenden Russen hatten alle Aufmerksamkeiten auf sich gezogen. In ihren Marschschritt schlug am hellen Vormittag jeder zweie Eisen, der die Häuser aus nächster Nähe erschauen konnte, alle Fenster zertrümmert aus dem Rahmen warf und jetzt jede Möglichkeit eines weiteren Zu-

worin gesagt wurde, daß sie sich vor Ungezieser nicht retten könnten. Ihr Körper gleich nach ihren Mittelungen einer einzigen Wunde, von Floh- und Käufstischen herrührend. Dann kein Brot und keine Luft. Die Zelle ist nicht ganz 3 Meter hoch, 2,80 Meter lang und breit. Die Luftöffnung ist 25 Zentimeter hoch und 40 Zentimeter breit. In diesem Raum saßen fast 14 Tage sechs erwachsene Menschen ohne gesellschaftliche Handhabung, ohne Verhör und Vernehmung. Einer der Arbeiter war erkrankt und forderte ärztliche Behandlung. Das wurde verweigert.

Am 25. Juni richtete unsere Bezirksleitung an das Oberbergamt zu Breslau eine Beschwerde. Darin war mitgeteilt, daß Arbeiter auf der Brinzengrube geschlagen und gefesselt worden waren und drei Stunden in Fesseln auf der Grube gestanden hatten. Das Oberbergamt hat die Angaben unterucht und bestrafte gefunden. In seiner Altkantantwort an unsere Bezirksleitung teilt das Oberbergamt u. a. mit: "Wir haben nach Abschluß der Ermittlungen dafür Sorge getragen, daß eine Wiederholung der durch die Untersuchung festgestellten Mißstände für die Zukunft vermieden wird."

Während das Oberbergamt diese Antwort erteilte, saßen sechs Arbeiter und hatten die geschilderte Behandlung zu erdulden. Diese Tatsache zeigt, daß die Anordnungen des Oberbergamtes nicht die notwendige Beachtung fanden.

Man bedenke sich noch einmal alles. Die Arbeiter werden unter schönen Versprechungen nach Oberschlesien gelockt. Guter Lohn und gute Behandlung werden in Aussicht gestellt, jeder-mann sollte frei abfahren und sich andere Arbeit suchen können. Und nun eine solche Behandlung! Und trotz allen Bemühungen der Bergbehörden wollen die Klagen nicht verstummen. Darum wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Goffentlich trägt das zur Abhilfe bei.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Bundesratsverordnung gegen den Lebensmittelwucher.

Der "Schlissel-Zeitung" (zweite Morgenausgabe vom 24. Juli) entnehmen wir folgende amtliche Meldung:

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung (23. Juli) den Erlass einer Verordnung beschlossen, welche sich gegen übertriebene Preissteigerungen bei dem Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungsmittel und Genussmitteln aller Art, rohen Naturerzeugnissen, Feig- und Leuchtstoffen richtet. In der Verordnung ist einmal die Möglichkeit der Enteignung vorgesehen für die Fälle, wo jemand derartige Gegenstände zurückhält, sodann ist in ihr eine Strafbewehrung enthalten gegen diejenigen Erzeuger und Händler, welche für oben genannte Gegenstände sowie für solche des Kriegsbedarfes Preise fordern, die einen übermäßigen, durch die gesamten Wirtschaftslagen, insbesondere die Marktfrage nicht gerechtfertigten Gewinn enthalten. Auch wird weiter bestrafte, wer Vorräte solcher Art in gewinnstichtiger Absicht zurückhält, vernichtet oder andere unlauteere Maßnahmen vornimmt. Mit dem Erlass dieser Verordnung wird den vielfachen Wünschen aus allen Kreisen der Bevölkerung Rechnung getragen, welche durchgreifende Maßnahmen gegen die gewinnstichtigen Preistreiber, insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt, zum Gegenstande hatten. Die Verordnung ist deshalb vom sozialen Standpunkt besonders zu begrüßen."

Umwartet! Übertriebene Preissteigerungen" und "übermäßiger Gewinn" sind so bedauerliche Begriffe, daß es uns zweifelhaft erscheint, ob diese Verordnung an den obwaltenden Verhältnissen viel ändern wird, abgesehen davon, daß die Schuldigen nur selten oder nie zu fassen sind, wie wir in unserem Belegartikel bargelegt haben.

Gegen die Lebensmittelsteuerung

erließen die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der sozialdemokratische Parteivorstand am 16. Juli 1915 folgende Rundgebung:

Unser schwerer Lajist die allgemeine Teuerung auf den ärmeren Volksteil. Die Preise für Fleisch sind unter rücksichtsloser Ausnützung der durch die Schweiß- und die Schlachtviehknappheit geschaffenen Konjunktur um fast 100 Prozent gesteigert worden und steigen weiter. Mesteils Kreise, besonders unzweifelhaft schwer arbeitenden Bevölkerung, wurden dadurch vom Genuß dieses so wichtigen Nahrungsmittels fast völlig ausgeschlossen. Auch alle anderen Lebensmittel, besonders die als Ersatz für Fleisch angepriesenen, wie Gemüse, Fische, Eier, Milch, Butter, Käse, Zucker sind ungehörig teuer und steigen noch fortgesetzt im Preise. Auf dem Brotmarkt zeigt sich wieder der unerhörteste Wucher geltend. Die zwecks Preistreiberi monatlang zurückgehaltenen Kartoffeln mußten im Frühjahr auf den Markt gebracht werden und gelangten zu niedrigen Preisen in den Besitz der Händler. Diese hatten nun erneut ihre Vorräte zurück und geben sie nur zu Preisen ab, die die Einkaufspreise um 200 bis 300 Prozent übersteigen.

falls gerät. Die neue Rauchföhle stand über Gubysz, dicht am Rande der Stadt, Rofalen galoppierten aus der Richtung von Gubysz nach Berzslaw herein — jetzt wußte man: die Russen zündeten die Reservoire an, alle Reservoire würden folgen. . .

Und nunmehr rast das Entsetzen durch die Stadt. Schwere Wolken verfinsterten den Himmel. Die Sonne verbarg sich hinter dem Hundsternstreich, der aus dem brennenden Del stieg. Sie verschwand bald ganz. Jetzt ließen die Juden und Christen aus den Häusern, sie schrien sich über die Gasse zu, daß nicht nur die Reservoire, daß auch die Häuser angezündet würden. Die Weiber rafften ihr Viehzeug zusammen, sie haberten mit der Nachbarin, in deren Haus sie flüchten wollten, weil es doch fünfzig Schritte weiter vom rauchenden Kessel lag. Die Kopslosigkeit stieg, als mittags um 2 Uhr die Union in Brand geriet. Eine Stunde später brannten die Thurn- und Taxis-Kessel. Und jetzt wurde das Unheil ein Gigant, der von Kessel zu Kessel stieg. Um 4 Uhr schickte die Braganza, Vakuum, Wassertein schwarz, lautlos sich haltende Gitter in den Himmel.

Aber die Stadt hatte wider vom Geschrei der Verzweifelnden. Die Sonne war inzwischen geworden, obwohl der Himmel keine Wolke irg, den heizer Sommer tag durchschnitt plötzlich eisige Kälte. Wenn manchmal die Rauchföhle sich verdünnte, hing hinter ihr noch selbendlang die Erntenscheine, malt wie ein großer Perlmutternopf, aber das sahle Licht in Permstaw wandte sich immer mehr zur Finsternis. Und die Russen arbeiteten. Ihre Pferde, hochbehaft mit Fouragebündeln, schweben in den Lärm, ihr Schlachtwich, das sie mitführen, brüllte, von Herbst gepakt. In die Holzstöße zu beiden Seiten der Straße, die der endlose Train füllte, drohten die Schritte der Bierarbeiter. Sie mit gefenktem Kopf, das Gewehr über die Schulter, vorwärts zu schreiten, wie ein einziger, tausendfach wiederholter, verhöf, ihrer Schleg. Der Rauch schwärzte ihre Gesicht, der Rauch kühlte sie und alles ein, stidige Gasse rollten rund um die Stadt und sie waren es in die Kehlen der Angstgeschüllelten, die sich in den Häusern, sah alle in den Kellern, verdeckt hatten. Aber noch war das Unheil nicht erfüllt. Das Unheil schritt weiter.

Die Rofalen ritten nach Lufsthanowice. Sie hatten es nicht nur auf die Reservoire abgesehen, sie wollten zu den Bohrtürmen und Vogelgruben, die am Südbang von Berzslaw gegenständig wie graue Gnommen mit großen Kapuzen standen. Als der Ingenieur der Petroleum-atomisch ankam, um zu retten, was vielleicht zu retten war, rauchten 20 Türme. Die Rofalen waren von Waiz geföhlet, denn vier ihrer Reiter waren in einem einzigen Aufsturz verbrannt, als sie den Leitern des Schachtens Gjumia mit Streichhölzern ansetzen wollten; aber auf dem brennenden Gang verbandete er mit ihnen um den Preis, um den sie jeden noch erhaltenen Lura verlohnen. Sie wollten für jede Grube 25 Rubel nehmen, aber der Mann bot ihnen 30. Die Rofalen ließen es bei den 200 Feuerlöschern bedenden, bis, über das Gebirge verporen, geht in die Unerschlichkeit dieser Nacht fahren. Ihre Schritte jagten wieder nach Berzslaw zurück, um dort den letzten Schützling des Ortes zu retten. Als die Nacht fast, hatte sich über Berzslaw der Wuchelbrecher, sie schickten sich nicht mehr mit den Russen, nur lassen sie sich geschickten aus foderzstündige sehr Nacht geöhnet haben, sie haben jetzt schon immer die "Bräuher", durch

Nunmehr ist noch bekannt geworden, daß der Bundesrat die Höchstpreise für Getreide, die schon 30 bis 40 Prozent höher als im Frieden sind, erhöhen will. Also daß das Brot, dieses allerwichtigste Nahrungsmittel, soll dem Volke noch mehr verteuert werden. Das muß in den weitesten Volksteilen Enttäuschung auslösen.

Namens des werktätigen Volkes, dem der Krieg ohnehin schon große Opfer auferlegt, protestieren wir gegen jede Erhöhung von Höchstpreisen. Wir fordern vielmehr eine durchgreifende Regelung der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt und einen wirksamen Schutz des Volkes gegen den Lebensmittelwucher.

Wir fordern, daß ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Produzenten und Händler mäßige Höchstpreise für alle Lebensmittel festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß die ausreichende Ernährung des Volkes gesichert und jede Bereicherung auf Kosten der Volksernährung ausgeschlossen wird. Durch Beschlagnahme und Verkaufszwang muß das Zurückhalten von Vorräten zum Zwecke der Preistreiberi bereitet werden.

Die Parteigenossen im Lande fordern wir auf, dem Lebensmittelwucher mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken. Vor allem müssen die Arbeitervertreter in den Landtagen und Gemeinrenten ihren ganzen Einfluß einsetzen, um die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen.

Eine äußerst scharfe Verfügung gegen den Lebensmittelwucher

hat der Gouverneur der Festung Köln erlassen. Sie hat folgenden bemerkenswerten Wortlaut:

"Die notwendigen Lebensmittel und Verbrauchsgenstände haben eine Preissteigerung erfahren, die von den minderbemittelten Volksteilen äußerst schwer empfunden wird.

Die Preissteigerung ist zum Teil künstlich herbeigeföhrt worden. Gewinnstichtige Absicht hat zu unlauteren Mächenschaften im geschäftlichen Verkehr sogar mit den für die Volksernährung und Unterhaltung unentbehrlichen Gegenständen geführt. Sowohl Produzenten als auch Händler haben die Waren aus dem Verkehr zurückgehalten, um die Nachfrage zu erhöhen und dadurch höhere Preisangebote zu erzielen. In einzelnen Fällen ist auch ein Ueberschreiten der festgesetzten Höchstpreise festzustellen worden, z. B. bei Kartoffeln und Zucker.

Ich erwarte, daß alle Volksteile der Gefahr, die dem Vaterlande durch solch unpatrisotisches Verhalten droht, entgegenwirken und diejenigen Fälle zur Kenntnis des Gouvernements bringen, in denen notwendige, zum Verkauf bestimmte Nahrungsmittel und Verbrauchsgenstände von Produzenten oder Händlern zurückgehalten, oder Preise gesordert oder geboten werden, die als unerschwinglich hoch bezeichnet werden müssen. Der Angelegende hat seinen Namen mit Wohnung genau anzugeben.

Ergibt sich, daß die bestehenden Strafgesetze zur Beseitigung der Schäden nicht ausreichen, so werde ich unverzüglich weitere Verordnungen erlassen.

Wer durch künstliche Preistreiberi oder durch unangemessene Verbienste im geschäftlichen Verkehr mit Lebensmitteln oder Verbrauchsgenständen die Interessen der Allgemeinheit verlehrt, wird öffentlich namhaft gemacht werden.

Köln, 17. Juli 1915.

gez.: v. Held, General der Infanterie und Gouverneur."

Wir teilen in Nr. 29 der "Bergarbeiter-Zeitung" den Erlass des Generalkommandos des 1. bayerischen Armeekorps in München gegen den Lebensmittelwucher mit. Diefem Vorgehen haben sich inzwischen die Generalkommandos des 2. und 3. bayer. Armeekorps angeschlossen.

Maus mit der Wahrheit!

Als kürzlich in Nürnberg Versammlungen abgehalten werden sollten gegen die künstliche Verteuerung der Lebensmittel, verbot die Polizei das Anheben von Plakaten mit der Ueberschrift: "Gegen den Lebensmittelwucher!" — wohl unter Zugrundebelagung der bekannten Verfügungen in bezug auf Ausrüstung der unteren Volksschichten. Das stellvertretende Generalkommando aber, an das nun appelliert wurde, entschied kurz und gut: "Die Ueberschrift muß bleiben, denn sie ist angebracht!" In der Bevölkerung wird man diese wie so manche frühere volkstümliche Stellungnahme einiger Militärbehörden noch lange in angenehmer Erinnerung behalten.

Beschwiegene Landwirte.

Der Landrat des Kreises Minden (i. A.: Kretschmar, Reg.-Ass.) macht unter dem 18. Juli bekannt:

"Nach den in jedem Jahre stattfindenden Anbauerstellungen betragen die mit Roggen, Gerste, Hafer und Kartoffeln bestellten Flächen im Kreise Minden für das Jahr 1913 rund 114 000 Morgen. Es zeigt durch schriftliche Anzeigen der einzelnen Betriebsleiter vorgenommene Feststellungen ergeben für dieselben Fruchtarten nur rund 91 000 Morgen, also 23 000 Morgen weniger. . . In der Annahme, daß alle wichtigen Angaben auf Versehen beruhen, sichere ich jedem, der seine Angaben bis zum 24. Juli berichtigt, Straffreiheit zu. Nach dem 24. Juli wird keine Rücksicht mehr genommen."

die sonst der Reinerger Keitler, haben sie aus, so daß das Del in vollen Strömen entlof. Sie hatten Zugwohle mit, die sie tranken, anzündeten und aus der Ferne schleuderten. Bündschüre von großer Länge steckten sie in das Mannloch der Gashäube, oben auf den Dächern der Befäster, und entzündeten sich schleunigst. Es brannten endlich 50 Reservoire, in Gubysz zehn Kessel mit Petroleum, in Wolanta allein 1800 Waggons Del. Sie rissen die Erdreservoire auf und warfen auch in sie das Feuer. Als die Nacht ganz da war, rauchte und flammete aus Gruben und Türmen, aus Behältern und Kesseln die Hölle.

Denn jetzt kämpfte das Feuer mit dem Rauch. 32 000 Zisternen nährten es, 170 Schächte waren endlich der Brandherd; 180 Millionen rauchten noch einmal auf, die Millionen, die in wilder Fronie zum letzten Male als reines Gold zur Hölle wollten. Und das Feuer war wieder das Urbild aller Elemente, eine fließende, selbsterhellende, jubelnde Welt, die niemand mehr bezwang. Im Rauch verdeckte es sich mandmal, in der Mitte, verdeckte sich selbst zehn Meter hoch; aber dann stieg das rollende Gold noch einmal über den schwarzen Rauch, stieg in die Nacht als eine einzige gleißende Fahne, die die schwarzen Wefzer zu Fahnenmasten zwang. Und das Feuer begann zu zeichnen. Reiter und Wagen, Köpfe und Häuser, Feuerlandschaften führten brennend durch den Dampf. Wo er dünner wurde, gab ihm das losgelassene flammende Del einen Widerschein zurück und der durchhellte Dampf feierte den Formentraufsch der Wolken, feierte in Milliarden von Zünungen die Orgie der Farbe. Im Anfang war der Rauch gelblich, aber jetzt herrschte das Feuer. Es verhöhnte die Sonne, die sich längst von diesem Schauspiel abgemandt hatte, die kühle Nacht im Bergwind, der in den Flammen zu spielen anfing, wurde tropisch. In der Stadt hielten es die Menschen in den Kleidern nicht aus, sie warfen sie von sich. Die Russen hatten nicht alle Kessel angezündet, aber das Del begann unter dem Feuer rundum in allen Behältern zu wallen und zu fliehen. In den Gashäusern stiegen die Dämpfe, sie sprengten plötzlich unter nie gehörten Kanonaden die Haube, aus der jählings eine neue Flamme schlug. Und die Blechwände bogen sich ehe sie niedererschmelzen, sie durchstöhnten die Glaswandschäden, die Flammengunge überdeckte sie, bis sie mit einem dampfenden Stöhnen jürzten und das Feuer allein triumphierte. Wenn die Gashäuser erwölbdeten, war die Luft über zwei Kilometer weit mit feinen, silberweißen Blechwänden durchzöhrt, die die Felder vor der Stadt bestäten und noch heiß sich in die Gesicht der Menschen höhrten. Letztere selbst wußten nicht mehr, ob es Tag war oder Nacht. Als zwölf Stunden vorüber waren, als die Uhren neuen Mittag zeigten, suchten sie ihre Wege mit Fadeln und Lampen. Und es war keine Erfindung, daß das Wetter, das seinen untergehenden konnte, sich gewandelt hatte, daß plötzlich Regen nieberging. Der Regen schlug siedend in die Gesicht, der es schwarz bemalte. Schon währte die Hölle 24 Stunden, aber jetzt ertt, da die letzten Notten der Russen abgezogen waren, jetzt ertt, da die Rofalen fort waren und die Dragoner, gab es die Möglichkeit der Flucht aus dem brennenden Naphtha. Das Naphtha aber brannte sechs Tage und sechs Nächte. Dann sprang die Flamme von den Reservoirn, von den Blechwänden auf unversehrte Tanks über, die bis dahin dem Feuer getrotzt hatten, und loderten von neuem auf."

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Einigung der rheinisch-westfälischen Werksbesitzer.

Zwangsfonditate im bayerischen Bergbau?

Zurecht hilft, besonders wenn „Dien muß!“ Der preussische Herr Handelsminister hat den rheinisch-westfälischen und den linksrheinischen (Oberbergamtsbezirk Bonn) Kohlenwerken als Frist für die „freiwillige“ Syndizierung den 15. September angesetzt. Schon meldet die Reichs- und Provinzpressen, daß die mit den Widerstrebenden im rheinisch-westfälischen Kohlenfundit und den Außenländern wieder aufgenommenen „Erneuerungsverhandlungen“ die beste Aussicht auf Erfolg hätten. Nur die Firma Krupp sei noch hartnäckig, aber auch mit ihr würde man sich einigen. Ebenfalls mit dem Friskus, dem u. a. die Sültzenge-sonderrechte zugesprochen werden sollen. Wann wird die Regier-ung sich für die Bildung eines lückenlosen Bergarbeiterfunds ins Mittel legen?

Aus Bayern wird uns geschrieben: „Die Bundesratsverordnung über die Errichtung von Werksbesitzergesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau wird auch in Bayern zur Anwendung kommen. (7. Nov. d. W. Z.) Die Kohlenförderung in Bayern ist verhältnis-mäßig gering. Aus der eigenen Produktion kann der Bedarf des Landes bei weitem nicht gedeckt werden. Im Jahre 1913 wurden nach den Aufzeichnungen des Statistischen Jahrbuches für Bayern 700 080 Tonnen Steinkohlen im Werte von 8 218 000 M. und 1 704 674 T. Braunkohlen im Werte von 11 048 000 M. produziert. Die Ziffern des Statistischen Jahrbuches weichen etwas ab von den Mitteilungen der königlichen Bergbehörden Bayerns, die als Vorkursmenge im Jahre 1913 810 788 Tonnen Steinkohlen, 551 918 Tonnen Braunkohlen und 948 198 T. Pechkohlen bezeichnen. Die Differenz ist so gering, daß sie für die Beurteilung der Sache nicht ins Gewicht fällt. Auf Ober- bayerisch entfallen acht Bergwerke, die die sogenannte Pechkohle fördern, die im Jahre 1913 4824 Arbeiter beschäftigten, und ein Braunkohlen- bergwerk mit 18 Arbeitern. In Oberfranken befindet sich ein Stein- kohlenbergwerk mit 58 Mann Belegschaft und elf Braunkohlenberg- werke mit 910 Arbeitern. In der Pfalz liegen fünf Steinkohlenberg- werke mit einer Belegschaft von 4069 Mann. Die Steinkohlenproduktion beschränkt sich fast ausschließlich auf die Pfalz. Von 810 788 Tonnen Steinkohlen, die im Jahre 1913 produziert wurden, kommen auf die Pfalz 804 430 Tonnen im Werte von 9 940 664 M. Unter den fünf Steinkohlenbergwerken befinden sich die staatlichen Gruben St. Ingbert und Mittelbergbach. Braunkohlen werden gewonnen in Oberfranken in elf Bergwerken 948 198 Tonnen im Werte von 11 048 000 M., in der Oberpfalz 501 438 Tonnen im Werte von 7 447 000 M. und in Unterfranken 204 058 Tonnen im Werte von 688 400 M. Die För- derung der Pechkohle erfolgt nur in Oberbayern. Unter den acht Kohlenbergwerken in Oberbayern befindet sich die staatliche Grube Weihenstephan. Der bayerische Staat ist seit Jahren bemüht, größere Werte zu erwerben, um sich mit seinem Bedarf von der Privatprodu- tion möglichst unabhängig zu machen. Mit der Erwerbung des Werkes Stadheim hat aber die Staatsregierung sehr schätzbare Erfahrungen gemacht. Der Verlust wird annähernd drei Millionen Mark betragen. Kaum im Besitz des Staates und mit den besten technischen Betriebs- einrichtungen neu ausgestattet, wurde die Grube nicht als Abbau- einrichtung befunden und geschlossen, bald darauf aber an einen Privat- unternehmer veräußert, der den Betrieb, wenn auch im beschränkten Umfange, wieder aufgenommen und bisher aufrecht erhalten hat. In diese sehr dunkle Geschichte könnte vielleicht Licht kommen, wenn die Staatsregierung von der ihr durch die jüngste Bundesratsverordnung eingeräumten Befugnis Gebrauch machen und durch ihren Vertreter Einsicht in die Geschäftsführung der Kohlenindustrie nehmen würde. Mindestens könnte festgestellt werden, ob die über Hals und Kopf ver- äuferte Grube mit Verlust arbeitet, ob sie nicht auch für den Staat erhalten werden konnte.

Nun, nachdem das Reichsmonopol in fast greifbarer Nähe gerückt ist, wird die bayerische Staatsverwaltung mit der Erwerbung weiterer Werke wohl etwas vorsichtiger sein müssen. Gegenwärtig wird, wie die „Frankfurter Tagespost“ mitteilt, mit einem hervorragenden, in der Zentrumspartei vorkommenden Besitzer über den Ankauf oder Ein- tausch eines Kohlenbergwerkes unterhandelt. Es ist wohl selbstverständ- lich, daß Kauf- oder Tauschabstufungen nicht erfolgen, bevor Klarheit über die künftigen Verhältnisse in der Kohlenindustrie geschaffen ist. Kommt es zum Monopol, so werden voraussichtlich außer den im Betrieb befindlichen Werken auch die Mutungen auf das Reich über- gehen und entschädigt werden.“ (7. Nov. d. W. Z.)

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Wo steht der „Niederrhein“?

In der Tagespresse finden wir „Erklärungen“ und Andeutungen, die den Eindruck erwecken sollen, als ob der „niederrheinische Industrie- bezirk“ betreffend die Bewilligung der Kriegskredite anders gesonnen sei, als die große Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, als ob die „Massen am Niederrhein“ wenn auch nicht mit den Sobel- söhnen, so doch mit der Exekutive des sozialdemokratischen Partei- vorstehenden, Rechtsanwalt Haase, gegen die Reichstagsfraktions- und Parteivorstandsmehrheit „vollständig einverstanden“ seien. Leben wir in gewöhnlichen Zeiten, so würden wir uns wie gewöhnlich um die sozialdemokratischen inneren Parteidifferenzen hier gar nicht kümmern. Heberdies handelt es sich bei der Beurteilung der Kreditbewilligung nicht um eine simple Parteifrage, sondern es ist eine Volksan- gelegenheit, die darum auch die Gewerkschaften als solche nicht gleichgültig lassen kann. Außerdem aber haben sich „niederrheinische Kräfte“, deren nähere Kennzeichnung wir uns bis nach dem Kriege vorbehalten, seit Monaten große Mühe gegeben, in Mitgliedschaften des Bergarbeiterverbandes den „Geist“ der Sobel söhne (hier Meinkultur, dort Mischung) hineinzutragen. Das hat die Verbändereitung, die andererseits die Trabanten der streikfrohsten Literaten und chrysalisigen Adolanten ruhig „Weltgeschichte machen“ ließe, genötigt, jener Mantelwerksarbeit (die sich übrigens schon seit Jahren mit Vorliebe den Berg- arbeiterverband ausludt) entgegenzutreten. In zahlreichen Mitglieds- schaft und Versammlungen wie auch in den Bezirkskonferenzen der in Betracht kommenden niederrheinischen Kreise (Mörs-Mees, Duisburg-Oberhausen, Essen) haben sich unsere Vorstandsmitglieder, Redaktion und Bezirksleitungen mit den Mitgliedschaften über die bekannten Streitfragen ausgesprochen. Dabei stellte sich heraus, daß nur verhältnismäßig sehr wenige Ver- bändskameraden den von unserer Verbandsleitung vertretenen Standpunkt nicht teilen bzw. nicht teilen, denn von diesen Kameraden haben sich die meisten nach gründlicher Aussprache von der Irrealität ihrer Meinung überzeugt. Die es noch nicht getan haben, sind jedoch keineswegs Anhänger der Sobel söhnen Überzeugungspolitik. In keiner einzigen unserer Mitgliedschaften oder Versammlungen, in keiner Bezirkskonferenz hat sich auch nur eine des Bedens werte Freund- schaft für die „Wilden“ oder die „gemäßigten“ Quertreiber und Sonderbündler herausgestellt! Für die Sobel söhne erhob sich auch nicht eine einzige Stimme! Es haben drei Bezirkskonferenzen speziell für die niederrheinischen Kreise stattgefunden, die dritte nach vor wenig Wochen. In aller Bezirkskonferenzen stellten sich die Vertrauensleute der örtlichen Mitgliedschaften, durchweg aktive Bergarbeiter, ohne Aus- nahme auf den Standpunkt der Verbändereitung, die alle Sonder- bündel und Abenteuerpolitik scharf zurückweist! Nun muß man be- achten: die weitaus größte Zahl (über drei Viertel) der freigewerks- schaftlich organisierten Arbeiter im großindustriellen niederrheinischen Bezirk gehört dem Bergarbeiterverband an, aus den Kreisen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter rekrutiert sich auch die ausfallgebende Masse der sozialdemokratischen Parteimitglieder. Wer nach unseren Feststellungen noch glaubt, die „Massen am Niederrhein“ sympathisieren auch nur mit der Exekutive des sozialdemokratischen Parteivorstehenden Haase, dem ist nicht zu helfen. Gerade die ge- schulten Bergarbeiter am Niederrhein wissen aus ihren großen Wirt- schaftskämpfen, daß wenn irgendwann, dann in frei- willigen Zeiten wie heute unbedingte Einigkeit und nicht zuletzt die strengste Disziplin der „Größen“ notwendig ist. Das ist der Ausgangspunkt der Ver- trachtungsweise organisierter, sich ihrer Pflicht gegen die Organisation bewußter Arbeiter. Wer, ausgehend von den eingangs erwähnten „Erklärungen“ usw., Hoff-

nungen auf „den Niederrhein“ setzt, die sich mit den Wünschen der Abenteuerpolitik oder auch nur der „Mantelwerke“ decken, der wolle sich gefälligst an das erinnern, was wir über die Meinungsäußerung in den niederrheinischen Mitgliedschaften festgestellt haben. Nicht was ein mehr oder weniger enger Kreis von „Intellektuellen“ sich als „Stimmung der Massen“ einredet, kann als „Massenstimmung“ gelten, sondern um diese zu lernen, muß man schon in und mit der „Masse“ leben, um sie richtig beurteilen zu können. Das aber tun die Vertrauensleute unserer Mitgliedschaften. Wer sich also vor neuen Enttäuschungen bewahren will, der falle nicht auf gewisse „nieder- rheinische Erklärungen“ herein.

Aus den freien Gewerkschaften.

Der Verband der Lithographen und Stein- drucker zählte am Jahreschluß 1914 11 028 Gehilfenmitglieder und 1025 Lehrlingsmitglieder, gegen 10 583 bzw. 2248 am Jahresanfang. Bis zum 31. Dezember 1914 wurden 4949 Gehilfen- und 69 Lehrlings- mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen. Die Einnahmen betrugen 755 145 M., die Ausgaben 618 350 M. Darunter wurden ausgezahlt für Arbeitslose 298 856 M., Kranke 148 909 M., Vermögensgegenstände 8744 Mark, Lohnbewegungen 6068 M., Rechtschutz 1581 M., Umzugskosten 10 881 M., Meistunterstützung 11 804 M., Unterstützung bei mili- tärischen Übungen 1542 M., Invalidenunterstützung 60 568 M., Sterbe- geld 12 175 M., Witwenunterstützung 87 680 M.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen zählte zu Be- ginn des Jahres 1914 16 025 und am Schluß 12 305 Mitglieder. Davon wurden bis zum 31. Dezember 1914 4441 = 36,9 Prozent zum Kriegs- dienst eingezogen, so daß 7864 Mitglieder verblieben. Es wurden ver- auszahlt an Arbeitslose 58 647 M., Familienunterstützung 49 182 M.

Der Lederarbeiterverband zählte zu Beginn des Jahres 1914 16 481 und am Schluß 15 877 Mitglieder. Bis zum 31. Dezember 1914 waren 4178 Mitglieder zum Kriegsdienst einberufen. Die Ein- nahmen betrugen 418 800 M., die Ausgaben 468 908 M. Die Ein- nahmen verminderten sich infolge des Krieges um 71 087 M.; die Ausgaben vermehrten sich hingegen um 88 752 M. gegenüber dem Vorjahre. Diese Mehrausgabe entfällt vollständig auf die Arbeits- losenunterstützung, welche 178 731 M. betrug, gegen 62 865 im Vorjahr. An Erwerbslosenunterstützung wurde in 15 229 Fällen für 255 058 er- werbslose Tage die Summe von 258 612 M. ausgezahlt. Die Unter- stützungsausgaben des Verbandes betragen insgesamt für alle Unter- stützungen 315 544 M.; auf den Kopf des Mitgliedes berechnet, wurden hierfür 22,56 M. gegen 15,12 M. des Vorjahres verausgabt. Der Vermögensbestand des Verbandes ist von 233 071 M. am Jahresbeginn auf 188 055 M. am Jahreschluß 1914 zurückgegangen.

Verständigung unter den verschiedenen Gewerkschafts- richtungen?

Im Jahresbericht des Ausschusses des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften für 1914 wird auf die gemeinschaftliche Gewerkschafts- arbeit während des Krieges hingewiesen. In den Bestrebungen zur Errichtung eines Einigungsausschusses im Bergbau seien „die zwei be- sonders bitter verfeindeten Gewerkschaftsverbände“ wieder zusammen- gebracht worden; ferner seien gemeinsame Eingaben zur gesetzlichen Regelung der Arbeitsnachweise erfolgt. Dann heißt es: „Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor bereit, in prak- tischen Fragen von Volk zu Volk mit den übrigen Richtungen zu- sammenzugehen. Es stellt außer allem Zweifel, daß es solche prak- tischen Fragen immer, und zwar auch solche von größter Bedeutung, geben wird. Der Friedensschluß und die erste Zeit nach demselben büffeln in dieser Hinsicht sogar besonders ergiebige sein. Die un- bedingte und unerlässliche Voraussetzung ist aber, daß der Gegenstand der Gemeinschaftsarbeit immer eine Frage rein gewerkschaftlich- sachlicher Natur sein und von allen Beteiligten als solche behandelt werden muß und keine anderenartigen Fragen im Hintergrunde lauern dürfen.“ An einer anderen Stelle des Berichtes heißt es: „Es wird eine der ersten Aufgaben der Arbeiterorganisation sein, wenn einmal der Friede da ist, sich die volle Einordnung der Arbeiterklasse in den staatlichen und sozialen Organismus zu erkämpfen, wenn sie ihr nicht, was wir allerdings nach den Erfahrungen des Krieges immer noch hoffen, freiwillig eingeräumt wird.“

Internationale Rundschau.

Die Antwort der Franzosen

auf die friedensfreundlichen Kundgebungen deutscher Sozialisten steht nun vor in einem Beschluß des großen Nationalrates der französischen sozialdemokratischen Partei. Der Beschluß spricht sich für die Fortsetzung des Krieges und für die Wieder- vereinigung „Claf-Lothringens mit Frankreich aus. Der „anarchistische Sozialist“ Herbst natürlich auch. Die nationalitätsfremdlich-monarchistische Kriegspresse, die stets am stärksten in der Kriegshetze gemacht hat, lobt diesen Beschluß der sozialistischen Parteileitung. Die Deutschen würden daraus ihre Schlüsse ziehen müssen. Sogar die gegen die sogenannte Reichstagsmehrheit oppo- nierende „Leipziger Volkszeitung“ erklärt: Der Beschluß der französischen Sozialistenführung lehne die frie- densfreundlichen Kundgebungen sowohl der deut- schen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes, wie auch die Sonderaktion von Haase, Bernstein und Kautsky ab. Wir meinen, nun aber sollte man deutschereits abwarten, bis von Frankreich aus der Wunsch nach Friedensverhandlungen geäußert wird.

Die sozialistischen Kriegseinde in England

sind nicht etwa, wie man nach gewissen, auf die Zereführung der Beser berechneten Zeitungsberichten schließen könnte, unter allen Umständen gegen eine Kriegsbeteiligung. Vielmehr haben gerade die Wortführer der für den raschen Kriegschluß agitierenden unabhängigen Arbeiterpartei oft genug erklärt, wenn sich England in einem Verteidigungszustand befände, dann würde auch jeder So- zialist ein Landesverteidiger sein. England sei aber gar nicht an- gegriffen, es habe sich also ohne Not am Krieg beteiligt. Die Ansicht der Führung der unabhängigen Arbeiterpartei über die Pflicht der Landesverteidigung geht aus folgendem hervor: Am 11. August 1914 erließ die Unabhängige Arbeiterpartei ein Manifest, in dem u. a. gesagt wird: „Wir sind bereit, unsere Nationa- lität und unsere Unabhängigkeit, die uns teuer sind, zu verteidigen.“ Am 21. August 1914 sagte Keir Hardie im „Werkzeu Pioneer“ (dem Arbeiterblatte des schottischen Wests in Wales): „Mit dem Kanonendonner des Feindes innerhalb unserer Hörweite dürfen wir die jungen Leute, die für ihr Land in den Krieg ziehen, nicht durch Parteiuneinigkeit entmutigen. Wir müssen den Krieg bis zu Ende führen.“ Am 21. August 1914 schrieb er in demselben Blatte: „Gegen jeden kriegerischen Angriff auf die Rechte und Freiheiten meines Landes würde ich bis zum letzten Blutstropfen kämpfen.“ Im „For- ward“, dem sozialistischen Wochenblatte Schottlands, vom 1. Januar 1915, schrieb er: „Eine Nation, die sich in einem so großen Kriege befindet, hat keine andere Wahl, als den Kampf fortzusetzen, bis ent- sprechende Friedensbedingungen erreicht sind.“ Ramsay MacDonald sagte in seiner Rede im Unterhause am 3. August 1914: „Wenn Sir Edward Grey dem Hause gesagt hätte, daß das Land in Gefahr sei, dann würden wir alle — ohne Unterschieb der Partei und Klasse — mit ihm und hinter ihm stehen.“ In einer öffentlichen Versammlung in Leicester (dem Wahlkreis MacDonalds) im Oktober 1914 erklärte er: „Das Land befindet sich gegenwärtig in großer Gefahr, alle müssen nun zusammenhalten, bis die Gefahr vorbei ist.“ Im „Leicester Pioneer“ vom 16. Oktober schrieb er: „Der Krieg ist ausgebrochen und wir sind nun einmal darin. Wir müssen ihn bis zu Ende führen. Wir müssen jede Maßregel ergreifen, die zu diesem Ziel führt. Täuschen wir uns darüber nicht. Wenn der Soldat sein Teil getan hat... wird es die Pflicht des Staatsmannes sein, darauf zu sehen, daß der preußische Militarismus gebrochen ist.“

Bergarbeiterstreik in Südwales beendet.

Der Bergarbeiterstreik in Südwales, der am 15. Juli begann, wurde am 21. Juli beigelegt, nachdem die Forderungen der Arbeiter bis auf einen Punkt bewilligt waren. Es wurde ein Abkommen er- zielt, das erst sechs Monate nach Friedensschluß ablaufen wird. In

einer Konferenz der Delegierten der Bergarbeiter am 21. Juli in Cardiff wurden die Arbeitsbedingungen, wie sie vom Exekutivkomitee aufgegeben worden waren, mit großer Mehrheit angenommen.

Der „Abnischen Zeitung“ vom 20. Juli wird aus London be- richtet: „Alle Bergarbeiter haben die Arbeit noch nicht wieder auf- genommen. Doch wird erwartet, daß vor Ende der Woche die Be- schäftigung wieder normal sein wird. Vorläufig sind die Schwierig- keiten noch nicht vollkommen beigelegt. Eine Anzahl Arbeiter droht, weiter zu streiken, wenn sie nicht bessere Bedingungen erhalten als die, welche ihnen auf der Konferenz in Cardiff angeboten worden sind.“

Amerikanischer Massenprotest gegen die Kriegsprofiteure.

Vor 70 000, nach anderen Meldungen sogar vor 100 000 Menschen sprach in New York der frühere amerikanische Minister des Aeußeren, Staatssekretär Bryan, der infolge Differenzen wegen seiner ent- schiedenen Verleibung unbedingter Neutralität der Vereinigten Staaten aus der Regierung trat. Nach der mit riesigem Beifall auf- genommenen Rede für den Frieden fand eine Resolution Annahme, in welcher es heißt:

„Das amerikanische Volk fordert Frieden mit aller Welt. Es ver- langt von Regierung und Volk die Einhaltung der strengsten Neutra- lität gegenüber den kriegsführenden Mächten, nicht nur im West- senden in der Tat, es fordert die Einhaltung einer Neutralität, die nicht auf buchstäblicher Auslegung der Gesetze beruht, sondern die Tatsachen der Wirklichkeit wie die praktischen Folgen berücksichtigt. Aus vollem Herzen und mit ganzer Seele, wie es nur einem in seinem Innern freudig verlebter Wille möglich ist, verdammen wir die nichts als heilig achtende Kriegspropaganda, die unter der Maske des Patriotismus und im schändlich mißbrauchten Namen der Mensch- lichkeit von Leuten, die am Kriege verdienen, in diesem Lande be- trieben worden ist und noch betrieben wird. Ganz besonders ver- urteilt die Versammlung die elenden Machenschaften eines großen Teiles der Zeitungen, die in den letzten sechs Monaten ihr denbar Aufgehetes getan haben, um unser Volk an den Rand des Krieges zu zeren.“

In ihren Verhandlungen mit den Regierungen von England und Deutschland sollten die Vereinigten Staaten unentwegt darauf bestehen, daß die Rechte der neutralen Schifffahrt gewahrt werden, daß die dem friedlichen Handel dienenden Schiffe ihre Ladung ungehindert am Be- stimmungsorte abgeben können, falls nicht die völkerrechtlichen Be- stimmungen der Londoner Deklaration vom Jahre 1909 dem ent- gegenstehen.

Das Leben amerikanischer Bürger, die unter dem Schutze der Ge- setze zu erlaubten Zwecken die Meere besahren, muß unter allen Um- ständen respektiert und geschützt werden. Mit der Pflicht der Regierung, die im Auslande befindlichen Bürger zu schützen, geht Hand in Hand die Pflicht der Bürger, sich nicht auf unbesonnene Abenteuer einzulassen, welche der Regierung bei ihren Bemühungen schwerigsten bereiten könnten. Kein amerikanischer Bürger hat das Recht, irgend- einer kriegsführenden Macht dadurch Beistand zu geben, daß er auf einem mit Munition beladenen Dampfer als Passagier fährt. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Pflicht, die Bürger hierfor zu warnen.

Die Interessen des amerikanischen Volkes und der Menschlichkeit verlangen, daß die Ausfuhr von Waffen und Munition an die Krieg- führenden verboten wird. Wir verwerten als einer großen Nation un- würdig das blendende Schlagwort, daß ein souveräner Staat seine Ausfuhrrechte nicht ändern dürfe, weil gerade ein Krieg zwischen anderen Völkern im Gange ist. Nicht die kleinste Stelle im Völker- recht, kein Präzedenzfall, kein analoger Fall kann als Stütze für diese halloze, widersinnige Behauptung beigebracht werden, durch welche das Publikum von Selbstinteressenten in dieser Frage betrogen werden soll. Die Behauptung, es würde unneutral sein, nach einjähriger Ausfuhr, die in Wirklichkeit nur zugunsten Englands und seiner Verbündeten gearbeitet hat, alle Kriegsführenden zu zwingen, sich auf ihre eigenen Hilfsquellen zu verlassen, ist das Eingeständnis einer Parteilichkeit, die alle unsere Neutralitätserklärungen in Mißkredit bringt. Wir verlangen daher, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Aus- fuhr von Waffen und Munition verbietet und damit der Welt einen Beweis von praktischer Weisheit, Humanität, Charakter und möglichst vollkommener Einhaltung strengster Neutralität liefert.“

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Abolf Brinmann f.

In der Nacht vom 15. zum 16. Juli ist im evangelischen Kranken- hause zu Herde einer unserer alten Kämpfer, Adolf Brinmann, Vertrauensmann der Bahnhofs-Hörbe, an den Folgen eines erlittenen Unfalles aus dem Leben geschieden. Er hat immer der Arbeiterbewegung treulich gedient. Seit Gründung unseres Verbandes, fast 20 Jahre, gehörte er der Organisation an. Zahlreich besiedete er in seiner Zehnjährigkeit den Posten eines Vertrauensmannes, fungierte mehrere Jahre als Bergarbeitergerichtsbesitzer und als Sicherheitsmann. Wackerholl wurde er vom Grubenkapital wegen seines unerschrockenen Eintretens für die Kameraden aufs Straßengeländer geworfen. Doch allen Drangsalen und Schikanen hat er Trost geboten. Von 1911 bis 1918 gehörte Brinmann dem erweiterten Vorstande unseres Verbandes an und wurde wegen Teilnahme an unserer letzten Generalversamml- ung in Hannover von der Verwaltung der Zeche Freie Vögel wiederum gemahregelt. In der sozialdemokratischen Partei war er gleichfalls stets tätig. Es hat in den letzten Jahren wohl keine Kreisversammlung des Dortmunder Kreises stattgefunden, an der er nicht als Delegierter des Förderbezirks teilgenommen hat.

Nun hat ihn allzu früh der Tod aus unserer Mitte gerissen. Wir betrauern in ihm einen treuen Kämpfer, der stets nach besten Kräften im Interesse des schaffenden Volkes getrebt und gekämpft hat. Ehre seinem Andenken!

Eine Belegschaftsversammlung der Zeche Scholven (Fiskus)

sand am 18. Juli in Stabock statt. In mehreren Eingaben an die oberen Behörden hatten wir schon früher die Beschwerden der Belegschaftsmitglieder dargelegt. Einige sind beseitigt worden, nachdem wir wiederholt in der „Bergarbeiter-Zeitung“ dazu Stellung nahmen. Auch in dieser Versammlung wurden wieder eine Reihe Beschwerden vorgebracht. Besonders ist heute der Verdienst, der als unzulänglich bezeichnet werden muß. Es sei ja zugegeben, daß im allgemeinen der Staat hier etwas höhere Löhne zahlt als die Privatgrubenbesitzer, aber mit Löhnen von 5,97 M., 6,11 M. und 6 M. für Haue, wie sie ein Arbeiter vortrug, kann jetzt niemand existieren. Im Reiter I. Kohlennummer 3, verdienen sechs Personen je 6,10 M. Es wurden noch 10 Pf. vom Wagen Kohlen und 8 M. Metzergeld abgezogen. Mehrere Haue geben ihren Lohn mit 6,40 M. an. Solcher Lohn reicht in dieser Zeit durchaus nicht aus. Ein Weiterkontrollleur der Schwesterzeche Zwickel erhielt 5,90 M. Schichtlohn. Da er mit 40 M. Abschlag nicht bis zum Lohntag reicht, so wurde er wegen Vorschuß vorstellig. Dieser wurde ihm verweigert und er wandte sich darum an die Inspektion. Dieser wurde später wurden ihm 30 Pf. vom Schichtlohn abgezogen. Er erhält jetzt 5,60 M. Davon soll er nun eine siebenköpfige Familie ernähren. Auch kommen die Weiter- kontrollleure morgens viel zu spät heraus. Wenn sie den Steigern Meldung gemacht haben, sind die Morgenstichtler schon vor ihrer Arbeit. Solches ist doch direkt ungesetzlich.

Der Arbeiterschutz teilte mit, daß die Lohnforderung mit der Begründung abgelehnt sei, daß eine Lohnerhöhung keinen Zweck habe, weil sonst doch die Waren noch teurer würden. Bei solcher Begründung steht man einfach da. Warum hat man denn nicht die Löhne von 1890 beibehalten? Sicher hätten wir dann jetzt billige Lebensmittel und der Arbeitergehalt 40 bis 50 Prozent Dividende. Schweigen wir über diese Begründung, sie ist einfach lächerlich. Da waren andere Direktoren doch schlauer. Auch haben die Arbeiter jetzt viel über die Kosten für die Wurm- unterzuchtungen. Sie empfinden solches einfach als Schikane. Sicher ist, wenn der Grubenbesitzer die Kosten tragen müßte, dann wären diese Untersuchungen in der doch meist untauglichen Form längst beseitigt. Was aber allseitig als Grund dafür angegeben wurde, daß die Arbeiter so wenig Gehör finden, ist die mangelhafte Organisation. Verlangen, fordern, aber nicht beitragen! So sieht es leider aus. Und so lange es so bleibt, ist der Bergarbeiter der Schindl seiner eigenen Befehle.

Unsere Kaffierer.

Wir wollen heut unser Augenmerk auf unsere Kaffierer lenken, Sie haben es wahrlich gar nicht leicht, Das wolle man stets bedenken.

Wenn andere schon längst bei Müttern zu Haus sich ruhen auf weichen Kissen, Gibt noch der Kaffierer und rechnet aus, Liebt Marken und schreibt Bittern.

Sinkt einer mal mit dem Beitzag nach Und ward ihm ein kleiner Bissel, Dann streitet man's oft dem Kaffierer ab Und er ist der Sünderbüffel.

Gedenket der Männer, die bis tief in die Nacht noch über den Bildern sitzen, Bis eins nach dem andern in Ordnung gebracht In Eurem Interesse und Nutzen.

Und ist dann die letzte Marke geklebt, Vorbei das Gegerer und Geiue, Dann klappt er erleichtert die Mappe zu, Ihm winkt die verdiente Ruhe.

Jenny Horn.

Ob gute oder schlechte Ernte, die Teuerung bleibt.

Dieser leidet nur zu berechtigten Volksmeinung, die keineswegs harmloser Natur ist, gibt ein Poet in der „Münchener Zeitung“ wie folgt Ausdruck:

Trockenheit, Des Feldes Frucht kriegt die Kräfte. Au verflucht! Geht's so weiter, Konsumiert, kommt ein Aufschlag: fünf Prozent.

Dieser kommt. Doch auch der Regen Strömt herab mit mildem Segen. Felder kriegt jetzt Wasserflut. Aufschlag: zehn Prozent gebucht.

Und der große Wettermacher schaut erschüttert diesem Schaden. Ob er's so macht oder so, Wird er seiner Kunst nicht froh.

Denn ob's sonnenschein, ob's wettert, ob es trübe, ob es heiter — steigen doch die Preise weiter...

175 000 M. Verlust beim städtischen Kartoffelverkauf.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: „175 000 Mark Verlust beim städtischen Kartoffelverkauf. In den Gemeinden, die besonders hohe Verluste beim städtischen Kartoffelverkauf erlitten haben, gehört Charlottenburg. Der Magistrat Charlottenburgs hatte rund 80 000 Berliner Kartoffeln gekauft, um sie zum Wiederverkauf an Charlottenburger Kleinhandlcr abzugeben. Ein großer Teil der Kartoffeln blieb aber wegen der hohen Preise un verkauft. Bis zum 20. Juli mußte die Stadtwaltung die zu hohen Preise — 8 bis 9 M. für den Zentner — auf Abruf gekauften Kartoffeln abnehmen, und, um sie nicht dem Verderben preisgeben, hat sich der Magistrat entschlossen, 35 000 Zentner mit einem Verlust von 5 M. für den Zentner den Produzenten zu überlassen. Durch dieses Geschäft erleidet der Stadtkädel einen Verlust von 175 000 Mark. Die „Produzenten“ haben also 175 000 M. für nichts eingetakt! Und da greifen weder Polizei noch Militärbesorger ein? Wahrscheinlich ein Dokument von unserer Reiten Schandell“

Teuerung und Bergarbeiter.

Unter der Ueberschrift: „Kohlen, Munition, Geld und Soldaten“ veröffentlichten die „Armonia“ und die „Eiserne Volkszeitung“ am 20. Juli eine Betrachtung über die Wirkung des Bergarbeiterstreiks in Wales auf die Kriegführung der Gegner Deutschlands. Unter anderem wird dort gesagt:

„Es ist nur natürlich, wenn die Arbeiter in dieser Zeit der allgemeinen und brüderlichen Teuerung eine gehörige Lohnerhöhung verlangen. Man hätte ihnen rechtlich so viel bewilligen sollen, als zur Erhaltung des Friedens und der Arbeitslust notwendig war. Das hätte freilich Geld gekostet, aber angesichts der Wichtigkeit der Kohlen hätte die Staatskasse schließlich für die Mehraufwendungen einzutreten müssen. Davor scheute man freilich wegen der Geldknappheit zurück.“

Wir können nur konstatieren, daß wir in diesem Falle ganz einer Meinung mit den genannten Zentrumsblättern sind. Jedoch trifft die so treffend gekennzeichnete Lage keineswegs bloß für die englische Bergarbeiterschaft, sondern wohl in selber Maße auch für die deutsche Bergarbeiterschaft zu, da nach einer Statistik des „Reichsanzeigers“ die Preise von 15 der wichtigsten Lebensmittel im Einzelhandel um 89,5 Prozent gegenüber Mai v. J. gestiegen sind. Wir dürfen wohl erwarten, daß nunmehr diese Wälder mit derselben Schärfe für eine Lohnerhöhung der deutschen Bergarbeiter eintreten, welche natürlich so bemessen sein muß, daß die Verteuerung der Lebensmittel aufgehozen wird.

Kriegsinvaliden sollen nicht als Lohnrücker verwendet werden.

Wie das aber auf Bege Schamrock verstanden wird, zeigt folgender Fall: Der Fördermaschinen-Werkhäft in Ciel, Rotbruchstraße 22, hat einen Arm- und Bauchschuß erhalten und ist als Kriegsinvalide mit einer Rente von 24,50 M. vom Militärdienst entlassen. Er nimmt seine Arbeit als Fördermaschinen auf Bege Schamrock I u. II wieder auf, hat dieselben Arbeiten zu verrichten wie seine anderen Kollegen, erhält aber an Gehalt 24,50 M. weniger wie die anderen. Hier wird also die Rente an Lohn gekürzt.

Auch eine sehr üble Kriegsfolge.

Was früher niemals im rheinisch-westfälischen Industriegebiet der Fall war, jetzt ist es eingetreten: weibliche Arbeiter werden hier auf Gruben- und Hüttenwerken beschäftigt! Noch nicht auf allen, aber das Uebel breitet sich aus. So wurde nun auch auf der Bege Schamrock bei Mülheim folgender Anschlag ausgeführt: „Es werden Arbeiterinnen eingestellt. J. A.: Der Obersteiger.“ Schon seit einigen Wochen kann man auf den hiesigen Zechenplätzen, an den Bahnen und auf den Halben Mädchen und Frauen in dem Kohlenred hantieren sehen. In Obereschleien ist das ein gewöhnliches Bild, im Ruhrgebiet aber hat man das bisher nicht gekannt. Unter Tage dürfen weibliche Arbeiter unbedingt nicht beschäftigt werden! Dem steht das Gesetz entgegen. Wir ersuchen trotzdem unsere Kameraden, scharf darauf zu achten, ob nicht doch etwa der Versuch gemacht wird, dieses Beschäftigungsverbot zu umgehen! Dies würde sofort dem Bezirksvertrauensmann zu melden sein, damit der die Sache untersucht und eventuell das behördliche Einschreiten veranlaßt. Wir haben sonst Grund genug, zu verlangen, daß auch das gesetzliche Verbot der unterirdischen Frauennarbeit nicht überhört wird. Gegen die Kasnzung weiblicher Arbeitskräfte in der Bergwerksindustrie überhaupt, also auch über Tage, haben sich bekanntlich wiederholt die Bergarbeiterkongresse scharf ausgesprochen. Sie fand in namhaftem Umfang nur noch in Obereschleien statt, keinesfalls zum Vorteil der Arbeiterbevölkerung, was auch immer zur Beschönigung der montanindustriellen Frauennarbeit gesagt und geschrieben sein mag. Jetzt greift das Uebel auch auf andere Bergwerksbezirke über. Während des Krieges können wir nur darauf acht geben, daß die weiblichen Arbeiter nicht gefahrlos ausgenutzt werden. Seit der Krieg zu Ende, dann muß auch die Frauennbeschäftigung in der Bergwerksindustrie aufhören! Denn die Vergleute werden dann diesen sehr üblen sozialpolitischen Rückschritt, der uns die jattsam bekannten „obereschleischen Zustände“ als Regel bezeichnen würde, nicht ruhig hinnehmen.

Die Macht der Arbeitereinigkeit

preist das Grubenbestreuerorgan, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 172 vom 25. Juli), ungewollt in einer Betrachtung über den Bergarbeiterstreik in Südwales. Zunächst sagt das Blatt, es scheint so, als ob diese und andere Ergebnisse in der englischen Arbeiterbewegung in einem anfänglichen Teil der deutschen politischen Presse taktisch falsch behandelt würden. Wer der Meinung war, daß ein solcher Streik der deutschen Sache nützen würde, weil er die englische Schädige, der habe nichts besseres tun können, wie einfach den Mund zu halten und zuzusehen. Sobald wir uns merken lassen, daß wir uns über den Streik freuen, hätte die englische Regierung das Neuberste barangeseht, denselben auf der Welt zu schaffen, nachdem sie vorher durch ihre offenbaren taktischen Fehler die Gefahr erst heraufbeschworen hatte. Verschiedene Neuerungen der deutschen Presse über den Streik hätten der englischen Regierung geschloffen, denselben aus der Welt zu schaffen; den streikenden Bergleuten seien dieselben vorgehalten und gesagt worden: Seht, ihr helft dem Feind, der sich über euren Streik freut! Wer sich darüber unterrichten wolle, solle die „Times“ vom 20. Juli lesen, die unter der Ueberschrift: „Entzünden in Hamburg“ eine ganze Spalte aus Hamburger Blättern wiedergibt, die angeblich über den Streik publizierten. Wörtlich heißt es dann in der „Vergm.-Ztg.“ weiter: „Wir gehören nicht zu denen, die geglaubt haben, der Streik der Vergleute in Südwales werde unserer Sache förderlich nützen. Wohl dem sind seine Begleitersehnungen höchst beachtenswert. Zunächst gelte sie, daß das mit so fürchterlichem Wortschwall angepriesene englische Munitionsgesetz, das förmlich als die Rettung des Vaterlandes bezeichnet wurde, ein toter Buchstabe ist. Es enthält eine Klausel, durch die das Streiken in solchen Werken, deren Erzeugung direkt oder indirekt der Herstellung der Munition dient, verboten wird. Die Strafe für jeden Tag, den ein Arbeiter streikt, beträgt 5 Pfund Sterling oder 100 Mark. Durch eine besondere königliche Proklamation waren die wälfischen Vergleute unter das Munitionsgesetz gestellt worden. Trotzdem legten mindestens 180 000 von ihnen, wenn nicht 200 000, an einem und demselben Tage die Arbeit nieder und diese große Zahl ist mindestens sechs Arbeitstage der Arbeit fern geblieben. Und doch hat die Regierung nicht gewagt, auch nur einen einzigen Arbeiter unter Anklage zu stellen oder von einem einzigen die Buße einzuziehen.“ Herr Lloyd George, der Vater des Gesetzes, hat nach all seinen bombastischen Reden dulden müssen, daß bei der ersten Probe, die das Gesetz auszuhalten hatte, die Arbeiter es ihm wie einen zerbrochenen blarren Stecken vor die Füße warfen. Und er hatte nicht den Mut, das Gesetz in seine Faust zu nehmen. „Die Arbeiter haben“, so sagt der Sonderberichterstatter der „Times“ im Streikgebiet, „durch förmliche Entschliebung kundgegeben, daß, wenn gegen einen einzigen Mann das Strafverfahren eingeleitet wird, sei er Gewerkschaftsbeamter, Delegierter oder Mitglied des Ortsausschusses, die gesamte Bergarbeiterschaft die Arbeit so lange verweigern wird, bis das Verfahren zurückgenommen ist.“ Das bedeutet die offenste Rebellion gegen das Gesetz, und die Regierung ist feige und machtlos genug gewesen, vor der Rebellion zu kreuz zu kriechen. Sie hat niemanden verfolgt, sie hat, nachdem der Streik einige Tage gedauert hat, die Arbeitgeber moralisch gezwungen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen und diese Himmelhoch gebeten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Fürwahr ein jämmerliches Schauspiel! Der Fehler, der gemacht worden ist, liegt natürlich darin, daß man die Munitionsfrage durch ein Gesetz, statt durch eine vernünftige, natürliche Organisation lösen wollte, und daß man in das Gesetz Bestimmungen aufgenommen hat, die unmöglich und daher undurchführbar sind. Man kann, außer im Buchstabe, keinen Menschen zur Arbeit zwingen, der entschlossen ist, nicht zu arbeiten, und selbst dann hat er nach den Ausweg, sich verhungern zu lassen. Die wälfischen Vergleute hatten diese einfache Einfenwahrscheinlichkeit, gegen die die Weifen von Westminster vollkommen blind gewesen, sofort erkannt. Sie wußten, daß man von einem einzelnen Arbeiter schließlich 100 Mark eingieken und ihn im Nichtzahlungsfall einsperren kann — was übrigens im Gesetz nicht einmal vorgesehen ist —, daß man aber gegen zehntausend, gefahrlos denn gegen hunderttausend Arbeiter, die gemeinsam handeln, einfach machtlos ist. Man kann von ihnen weder das Geld eingieken, noch sie einsperren, ganz abgesehen davon, daß man es in Südwales mit einem Volksstamm zu tun hat, der zwar sehr kapellenstrom, aber gleichzeitig so wild und ungebärdig ist, daß es ihm auf gewalttätigen Widerstand und Blutvergießen nicht ankommt. Die Kapitulation der Regierung und von Necht und Gesetz in dieser trassen Form wird sich an England bitter rächen, wenn erst der Krieg vorbei ist.“ Eine solche Macht wie die englischen könnten auch die deutschen Bergarbeiter haben, wenn sie sich nur einig wären.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Eingabe an das königliche Oberbergamt zu Bonn.

Herzogenrath, den 13. Juli 1915.

Die Unterzeichneten erlauben sich, dem königlichen Oberbergamt folgendes ergeben zu unterbreiten:

Unter der unterirdischen Belegschaft der Zeche Nordstern herrscht große Unzufriedenheit, weil die Verwaltung fortgesetzt Kohlenwagen umtippen läßt und diese Kohlen zum Nachfüllen verwendet.

Bis vor einigen Wochen geschah das Umkippen beim Nachfüllen am Schacht. Hierdurch konnten die Arbeiter feststellen, daß an einzelnen Tagen im Monat Mai 42 bis 45 Wagen umgekippt wurden. Diese große Zahl umgekippter Wagen hatte eine große Unzufriedenheit unter den Belegschaftsmitgliedern zur Folge. Anscheinend um den Arbeitern die Kontrolle über die Zahl der umgekippten Wagen zu erschweren, erfolgt jetzt das Umkippen beim Beiladen in den einzelnen Nebieren. In den einzelnen Kameradschaften fehlen bei einer Förderung von 17 Wagen durchweg zwei Wagen.

Auf Beschwerde des Hauers Fledern erklärte diesem gegenüber Herr Betriebsführer Rosenbaum, er brauche das Umkippen der Wagen, um einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Kameradschaften, die nicht an Lohn kämen.

Daß die Verwaltung von Nordstern selbst das Umkippen als gesetzlich nicht zulässig hält, beweist folgendes:

Am 8. Juni beruhigte auf Nordstern der Hauer Weber. Am 9. Juni wurde der Einfahrer erwartet zur Vornahme der amtlichen Unfalluntersuchung. An diesem Tage wurden keine Wagen umgekippt. Da der Einfahrer erst am 10. Juni kam, wurde auch an diesem Tage das Umkippen unterlassen, jedoch am nächsten Tage wieder damit begonnen.

Da das Umkippen der Wagen zum Beiladen nach dem Haren Wortlaut des Vergesezes sowie auch nach den Erklärungen der Bergbehörde ungesetzlich ist, bitten wir das königliche Oberbergamt, der Zeche Nordstern das weitere Umkippen von Kohlenwagen zu verbieten. Wir weisen darauf hin, daß der Arbeiterauschluß wiederholt wegen des Umkippens bei der Verwaltung erfolglos Beschwerde geführt hat.

Zugleich erlauben wir uns, nachfolgendes mitzuteilen: Im Revierviertel IV, Flöz 12, Abteilung Steiger Rosenbaum I, wurden anfang Juni Arbeiter von Kohlennummer 131 infolge der Pulverschwaden so schlapp, daß sie in gesunde Luft getragen werden mußten. Anfang Juli wurden fünf Mann von Kohlennummer 123 und 131 so schlapp, daß dieselben zu Tage gefördert werden mußten. Da diese Vorkommnisse durch ungenügende Ventilation verursacht wurden, dürfte eine genauere Untersuchung angebracht erscheinen. Herr Betriebsführer Rosenbaum scheute sich nicht, das Schlappwerden der Arbeiter als ansehnliche Krankheit zu bezeichnen, also die betreffenden Arbeiter offen zu verdächtigen, als seien sie mutwillig „schlapp“ geworden.

Zum Schluß erklären wir uns bereit, Zeugen zu benennen, falls seitens der Verwaltung der Zeche Nordstern unsere Angaben bestritten werden.

Mit hochachtungsvollem Glück auf!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

J. A.: M. Schöffler.

Gewerkverein christl. Bergarbeiter, Bezirk Wurmrevier.

J. A.: B. Garich.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Empfindliche Strafe für Kartoffelwucher.

Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Kartoffeln ist vom Landgericht Halberstadt am 19. Mai der Kaufmann Paul Schöpfer in Wledendorf zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 20. November 1914 hat der Angeklagte beim Postamt in Wledendorf sein Gewerbe für Kartoffelhandel angemeldet. Mit dem Kaufmann Körner in Magdeburg, der schon vor dem 2. August 1914 den Kartoffelhandel betreibt, will er sich in der Weise zum Betriebe eines „Mitteldeutschen Handelskontors“ zusammenschließen haben, daß A. sein Recht, als Kartoffelhändler zu gelten, in die Genossenschaft einbrachte und als Entgelt einen Pfennig für jeden verkauften Zentner erhielt, während der Angeklagte im übrigen das Geschäft selbständig und auf eigene Rechnung betrieb. Durch diesen Vertrag, den das Gericht als Scheinvertrag angesehen hat, soll der Angeklagte sich das Recht, höhere Preise zu fordern, erschließen haben, welche die Bundesratsverordnung vom 25. Februar nur denjenigen Kartoffelhändlern einräumt, die ihr Gewerbe bereits vor dem 2. August 1914 betrieben haben. Die dem Angeklagten zur Last gelegte Tat bestand darin, daß er der Stadt Siegburg, die durch Vermittelung eines gewissen W. einen größeren Posten Kartoffeln, und zwar die Sorte „Indultra“, bei ihm bestellt hatte, später, als er die Lieferung bewirkte, einen um 1,75 M. höheren Preis als den Höchstpreis verlangte. Da es sich, wie es in den Urteilsgründen heißt, um eine ganz grobe Ausnutzung der Postlage einer Stadtgemeinde handelt, der Angeklagte auch bereits wegen Betrugs verurteilt ist, so hielt das Gericht eine Strafe von drei Monaten Gefängnis für angebracht. Seine Revision wurde am 23. Juli vom Reichsgericht verworfen.

Es ist nur zu beklagen, daß nicht alle Wucherer gefaßt und bestraft werden können. Immerhin könnte der Wucher viel wirksamer bekämpft werden, wenn die Käufer in allen Fällen, wo sie derart übervorteilt werden, Strafanzeige erstatteten.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 31. Woche (vom 25. bis 31. Juli 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Wegen unbauernder Behinderung des Kameraden Munsbed hat der Kontrollauschluß den Kameraden Hermann Linke, Dortmund-Dortfeld, Emfängerstr. 1, an seiner Stelle ernannt. Alle Beschwerden sind daher an den Genannten zu senden.

Eintrittsgeld betreffend.

Die Bestimmung des § 9 Abs. 2 unseres Statuts erstreckt sich auch auf die aus dem Krieg zurückkehrenden Kameraden, welche nicht aktiv gebient haben. Alle jetzt oder später aus dem Kriegsdienst zurückkehrenden Kameraden können also Mitglieder werden, ohne Eintrittsgeld zu zahlen, falls sie innerhalb zwei Monaten nach ihrer Rückkehr dem Verbands beitreten.

Westerfide bei Bobelschwingh. Der Bergarbeiter Aug. Stichting in Westerside, A-Strasse 4, erzählt am 20. Juni d. J. unter Zeugen, ich kassierte Geld für den Verband der Bergarbeiter und verbrauchte dieses zum Unterhalt meiner Familie. Ich erkläre hiermit, daß ich in Westerside-Bobelschwingh noch kein Kassierer des Verbandes war, kein Geld kassieren und selbstverständlich daher auch solche Gelder nicht für den Unterhalt meiner Familie gebrauchen konnte. Wegen der Verleumdung habe ich den Stichting beim Schiedsrichter verklagt. Derselbe ist aber nicht erschienen. Wollte ich die Klage weiter führen, müßte ich die nicht unerheblichen Gerichtsosten zahlen, weil bei Sichtung voraussichtlich nichts zu pfänden ist. Diese Erklärung wird dazu beitragen, daß andere die Verleumdung nicht im guten Glauben weitertragen, da ich sonst gegen solche Personen im Klageweg vorgehe.

Miljelm Wienold. Zu vorstehender Erklärung teilt uns der Bezirksleiter Maneseller mit, daß die Angaben Wienolds auf Wahrheit beruhen, er dem Verband also nichts schuldet, noch geschuldet hat. Der Vorstand.

Rechtsschutz betreffend.

Bezirk Gelsenkirchen. Wegen Krankheit des Sekretärs ist das Arbeitersekretariat geöffnet nur noch am Dienstag und Freitag, morgens von 9 bis 11 und nachmittags von 5 bis 7 Uhr. Neurode. Das Rechtsschutzbureau befindet sich seit 1. Juli Verbindungstraße Nr. 1.

Bibliotheken.

Serten. Die Bibliothek befindet sich in der Wirtschaft Krümmel, Kaiserstraße, und ist jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr geöffnet. Die früher ausgegebenen Legitimationskarten haben noch Gültigkeit, zugleich muß auch das Mitgliedsbuch der gewerkschaftlichen oder politischen Organisation vorgezeigt werden. Der Aktionsauschluß.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben: Namen III.

Adressenveränderungen.

Samborn II. Der Vertrauensmann August Dollschel wohnt jetzt Gustavstraße 16a. Weßmar. Die Geschäfte des ersten Vertrauensmannes besorgt jetzt Kam. Wilh. Edeh, Lünen a. d. L., Kolonie Viktoria, Knappenweg 16.

Krankentüftigungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden: Herne III. Da sich die Zahlstelle Herne III mit Herne II verschmolzen hat, findet die Auszahlung der Krankentüftung auch für die Kameraden der bisherigen Zahlstelle Herne III beim Vertrauensmann Franz Schramm in Herne, Strümpferstr. 150, Stat. Mettenbach (Lothringen). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat beim Kameraden Faber, Kirchengstr. 49. Freimengen (Lothr.). Beim Kameraden Aug. G. S. d. e. I., Sandstr. 9.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- Paul Arnolt, Bohened. Franz Schlämer, Unterpelkenberg. Johann Lappah, Bodwa. Albert Raunborn, Falkenhain. Peter Schabert, Roschlow. Kurt Gudeland, Falkenhain. Franz Rabi, Margu. Paul Kresse, Nihma. Anton Matzsch, Datteln. Emil Barusel, Herne I. Bruno Fäpfer, Herne III. August Köhler, Herne I. Wilhelm Feinade, Wernburg. Wilhelm Pfaff, Sangerhausen. Wilhelm Glah, Hardegsen. Alfred Fischer, Braud. Richard Fischer, Braud. Robert Fischer, Schlarmerl. Gustav Matzsch, Stöppenbergr. Johann Schubert, Roschlow. Peter Schabert, Roschlow. Franz Rabi, Margu. S. Müller, Wafflingen. Anton Matzsch, Datteln. Bruno Fäpfer, Herne III. Carl Boganski, Buer. Paul Schröder, Weßstein. Gustav Schnabel, Weßstein. Wilhelm Dypelt, Weßstein. Gustav Lanatowit, Selmsstet II. Alfred Walbemar Wödel, Wielau.

Die Zahl der bis jetzt gefallenen Mitglieder beträgt 1894. Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Zahlstellenversammlung

findet am Sonntag, den 1. August, nachmittags 4 Uhr, beim Wirt Janzen in Sacklinghausen statt. Tagesordnung: Besprechung betr. der Knappschäftsstellenwahl. Anstellung der Kandidaten. Berichtbesprechung.